



SWR Ras Beirut

Frau
Maren Müller
Ständige Publikumskonferenz
Hofer Str. 20a
04317 Leipzig

Südwestrundfunk
Anstalt des öffentlichen Rechts

Gerold Hug
Hörfunkdirektor

Mansour al-Jardak Street
Abu Khater Bldg.
Ras Beirut

Telefon 07221 929 22211
Telefax 07221 929 22011

gerold.hug@SWR.de
SWR.de

10. Juni 2016

**Ihre Programmbeschwerde vom 20.05. zur SWR2-Meinung von
Thomas Franke vom 09.05.**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20.05., mit dem Sie Programmbeschwerde gegen einen Beitrag von Thomas Franke erheben. Seine SWR2-Meinung, vom 09.05., ein etwa dreiminütiger Beitrag für den rubrizierten Morgenkommentar im Programm von SWR2, galt den diesjährigen Moskauer Feierlichkeiten zum „Tag des Sieges“, bei dem traditionell der Sieg der Roten Armee über Hitler-Deutschland begangen wird. In Ihrem ausführlichen Schreiben kritisieren Sie unter anderem, der Meinungsbeitrag von Franke relativiere die deutsche Kriegsschuld, indem er die russische Regierungspolitik der vergangenen Jahre mit Verbrechen der Nazis auf dieselbe Stufe stelle. Franke werbe zudem dafür, sich militärisch gegen Russland zu wappnen. Der Kommentar sei damit faktisch gegen die friedenspolitische Verpflichtung der Bundesrepublik gemäß Art. 26 GG gerichtet. Gerne gehe ich auf die einzelnen Punkte Ihrer Kritik ein.

Zunächst freut es mich, dass auch Sie in Ihrem Schreiben hervorheben, dass das Recht des Verfassers zur Meinungsäußerung im Rahmen eines Kommentars grundgesetzlich verbrieft sei. Dies ist umso mehr hervorzuheben, als Ihre auf Art. 26 des Grundgesetzes gestützte Auffassung, die Kommentierung zu einem „Schlüsselmoment nicht nur deutsch-russischer, sondern gesamteuropäischer Geschichte“ müsse der friedenspolitischen Selbstverpflichtung der Bundesrepublik entsprechen, in der Sache fehlgeht. Die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen zum Art. 26

und entsprechenden „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“, beziehen sich auf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, beispielsweise auf das Außenhandelsgesetz, Bestimmungen zum Waffenexport etc. Zumindest in einem Staatswesen mit rechtswirksamer Gewaltenteilung ist Medienberichterstattung keine Form der Außenpolitik. Es wäre deshalb abwegig, kommentierende Berichterstattung zu außenpolitischen Fragen als Ausdruck einer exekutiven Absicht, welcher Art auch immer, zu interpretieren. Eine kritische Berichterstattung und Kommentierung außenpolitischer Vorgänge würde auf solche Weise nahezu unmöglich gemacht. Dies kann folglich weder die eigentliche Absicht Ihrer Programmbeschwerde noch der inhaltliche Schwerpunkt meiner Erwiderung sein.

Daher betrachte ich die von Ihnen geäußerte Kritik am Beitrag von Herrn Franke vor allem als Ausdruck widerstreitender Bewertungen zur innenpolitischen Situation in Russland sowie zum derzeitigen deutsch-russischen Verhältnis und werde mich insofern darauf beschränken, auf die zutage tretenden Differenzen einzugehen. Die Inhalte des Kommentars von Herrn Franke erscheinen dabei weit weniger unbegründet oder gar haltlos, als Sie in Ihrem Schreiben darstellen. Programmgrundsätze des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden durch den Beitrag ohnehin nicht verletzt – und soweit ich sehe, wird dieser Vorwurf von Ihnen auch nicht erhoben.

Der Kommentar relativiert die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg in keiner Weise. Von einem „vergifteten Revanchismus“ kann keine Rede sein. Entsprechende, womöglich relativierende Vergleiche werden in dem Beitrag nicht angestellt. Der noch weiter reichende Vorwurf, der Autor unternehme es, „die Geschichte des Zweiten Weltkriegs umschreiben zu wollen“, entbehrt jeder Grundlage. Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs wird in dem Beitrag nur gestreift. Es geht wesentlich um die russische Gedenkkultur als solche, von der der Autor erklärt, sie werde innenpolitisch instrumentalisiert und alles darin ausgeblendet, was in die politische Agenda der russischen Führung nicht hineinpasste. Wenn eine solche Einschätzung nicht möglich wäre, ohne damit „das bilaterale Verhältnis bewusst [zu] beschädigen“ oder gar die Verständigung, ja den Frieden zwischen Deutschland und Russland zu gefährden, würde eine Diskussion über Formen kollektiver Erinnerung überhaupt unmöglich. Würden wir entsprechende Berichterstattung aus dem Grund unterlassen, dass sie – angeblich – einen „Affront gegen die Russische Föderation“ oder die Führung

irgendeines anderen Staates darstellt, wäre es um die Auslandsberichterstattung, ja die journalistische Unabhängigkeit als solche, schlecht bestellt.

Zum eigentlichen Thema des Kommentars, der russischen Gedenkkultur, kritisieren Sie nun im einzelnen, der Autor habe versucht, in Bezug auf die Teilnahme an den Feierlichkeiten „eine generelle Spaltung zwischen den ehemaligen Teilrepubliken [der Sowjetunion] herbeizureden“. Tatsächlich sind reale Entfremdungstendenzen kaum zu verkennen, ist der 9. Mai in den baltischen Staaten mittlerweile ein normaler Werktag, setzen auch die zentralasiatischen Staaten zunehmend darauf, eigene Formen des Gedenkens zu entwickeln. In der offiziellen russischen Gedenkkultur bleibt unberücksichtigt, dass Sowjetrepubliken wie Georgien oder die baltischen Staaten der Sowjetunion gar nicht freiwillig beigetreten sind. Abweichende Meinungen zu dem verordneten Narrativ kommen dementsprechend nicht vor oder werden von russischer Seite verurteilt. So kam es 2007 zu einer außenpolitischen Krise, als in Tallinn ein sowjetisches Denkmal abgebaut wurde. Selbst als Polen, das nie zur Sowjetunion gehört hat, 2010 ankündigte, sowjetische Denkmäler zu entfernen, reagierte die russische Regierung mit Empörung. Auch in Bezug auf diese Vorgänge lautete damals der Vorwurf, die Geschichte solle offenbar neu geschrieben werden.

In Bezug auf den Befund des Autors, in Moskau werde eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg ebenso ausgeblendet wie die Schuld am Krieg und der Krise in der Ukraine, monieren Sie außerdem, damit werde die russische Föderation fälschlich in die Rolle eines Rechtsnachfolgers der Sowjetunion gehievt. Unabhängig jedoch von der konkreten Bewertung der Ukraine-Krise und der Annexion der Krim, die der Meinungsfreiheit unterliegt, geht es auch hier nicht um eine Bewertung der Geschichte staatlichen Handelns, sei es der Sowjetunion, sei es Russlands, sondern ein weiteres Mal um die Frage nach der Art der Erinnerungskultur. Es ist durchaus legitim, Russland in dieser Hinsicht vor die Aufgabe gestellt zu sehen, sich mit der sowjetischen Vergangenheit auseinanderzusetzen zu müssen, zumal Vertreter der russischen Opposition und russische Intellektuelle dies von der russischen Führung seit langem fordern. Auch die Bundesrepublik, die sich in ihrer Gedenkkultur mit den Verbrechen der Nazizeit auseinandersetzt, ist staatlich und territorial mit dem Deutschen Reich nicht identisch. Da Russland als sogenannter „Fortsetzerstaat“ der Sowjetunion betrachtet wird, ist die Frage nach der Art des russischen Umgangs mit der Sowjetvergangenheit legitim. Den Anspruch auf eine eigene Gedenkkultur demonstriert die russische Führung nicht zuletzt mit

den eigenen Gedenkfeierlichkeiten, lässt die Sicht der anderen 14 ehemaligen Sowjetrepubliken in Bezug auf die Bewertung des Zweiten Weltkriegs dabei aber weitgehend unberücksichtigt. So spielt es im Kriegsgedenken der russischen Massenmedien beispielsweise kaum eine Rolle, dass einen großen Teil der Kriegsoffer die Bevölkerungen im heutigen Weißrussland und der Ukraine zu beklagen hatten.

Sie monieren schließlich eine Passage des Kommentars, in dem Franke ausführt, politische Gegner der russischen Regierung würden pauschal als Faschisten diskreditiert, wobei unter den Wortführern solcher Angriffe Rassisten, Homophobe, Stalinisten, chauvinistische Nationalisten und Kriegstreiber zu finden seien. Sie interpretieren dies recht unvermittelt als Empfehlung des Autors, sich gegen Russland „militärisch“ „wappnen“, sich „kriegsbereit“ machen zu müssen. Auch davon ist in dem Beitrag keine Rede. Franke bezieht sich vielmehr auf Vorgänge, über die von vielen unterschiedlichen Medien vielfach berichtet worden ist. So wurden in jüngerer Vergangenheit beispielsweise die jugendlichen Teilnehmer einer landesweiten Geschichtswerkstatt als Faschisten beschimpft, die sich im Wesentlichen mit den Verbrechen der Sowjetunion auseinandergesetzt hatten. Gesteuert wurden diese Angriffe von der Mitarbeiterin eines Abgeordneten der Regierungspartei Einiges Russland. Kosaken, nationale und regierungsnahe Jugendverbände etc. kämpfen derzeit gegen einen angeblichen Faschismus in Westeuropa, das sie „Gayropa“ nennen. Auch die politischen Demonstrationen in der Ukraine werden seit langem pauschal als Bestrebungen faschistischer Bewegungen abqualifiziert.

Aus den genannten Gründen geht Ihre Schlussfolgerung, der Kommentar sei ein „Affront ... gegen alle Bürger Deutschlands, die sich im Sinne des Grundgesetzes für Frieden und Völkerverständigung in Europa einsetzen“, argumentativ fehl und ist sachlich unbegründet. Ihre Forderung nach einer „öffentliche[n] redaktionelle[n] Entschuldigung“ gegenüber den „Vertreter[n] der Russischen Föderation“ ist abwegig. Ich weise sie deshalb zurück. Abschließend gebe ich gerne den Hinweis, dass Sie gemäß §20, Absatz 3 der SWR-Hauptsatzung den zuständigen Ausschuss anrufen und die Beratung der Beschwerde beantragen können. Der zuständige Ausschuss ist in diesem Falle der Hörfunkausschuss.

Mit freundlichen Grüßen

Gerold Hug